

Deutschland und die Wiedervereinigung betreffen". Sie hat den Westmächten außerdem vorgeschlagen, „von vornherein zu erklären, daß sie jede Vereinbarung anerkennen, die von den Deutschen getroffen wird". Die *sowjetischen Vorschläge räumen den Vertretern beider deutscher Staaten weitreichende Vollmachten ein. In ihre "Hand soll faktisch die Entscheidung darüber gelegt werden, ob ein einheitlicher deutscher Friedensvertrag vereinbart und unterzeichnet werden kann. Durch Verhandlungen von Vertretern beider deutscher Regierungen kann jetzt ein entscheidender Beitrag für die Gestaltung der nationalen Zukunft unseres Volkes geleistet werden. Nach vielen Jahren der Ablehnung aller Verhandlungen und Verständigungsangebote wird die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik mit diesem sowjetischen Vorschlag vor eine Entscheidung von wahrhaft historischer Bedeutung für das deutsche Volk gestellt. Angesichts der Möglichkeiten und Vollmachten, die der sowjetische Vorschlag den deutschen Staaten einräumt, ist die Ablehnung von Verhandlungen zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten gleichbedeutend mit der Forderung nach Verewigung der Spaltung Deutschlands, gleichbedeutend mit der Ablehnung eines einheitlichen deutschen Friedensvertrages.*

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Staatsrat und der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland *erklären im Bewußtsein ihrer nationalen Verantwortung ihre volle Bereitschaft zu Verhandlungen mit Vertretern der westdeutschen Bundesrepublik über Fragen, die „eine Friedensregelung mit Deutschland und die Wiedervereinigung betreffen". Sie werden in solchen Verhandlungen ihren Beitrag dazu leisten, daß sie innerhalb von sechs Monaten mit Erfolg abgeschlossen werden können. Die Repräsentanten des politischen, gesellschaftlichen und staatlichen Lebens der Deutschen Demokratischen Republik wiederholen in diesem Zusammenhang ihr Anerbieten an die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik, in gemeinsame Beratungen über deutsche Vorschläge für die Ausarbeitung eines Friedensvertrages und über die Vierstellung normaler friedlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten einzutreten.*

Das friedliebende deutsche Volk hat 16 Jahre nach Kriegsende ein Recht darauf, mit allem Nachdruck die Forderung nach der endgültigen Überwindung und Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges zu erheben. Das „Memorandum über die Frage des Abschlusses des Friedens Vertrages mit Deutschland und die Regelung des Westberlinproblems" weist den Weg,